

**Diskussionspapier**  
**„Zukunft made in Thüringen“**

*Für den Einstieg in die Produktion von Energie-Zukunftstechnologie mit Landesbeteiligung*

Wir schlagen vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Schieflage in der deutschen Solar-Produktion, der Schließungsankündigung eines großen Herstellers in Sachsen, den Forderungen des Branchenverbandes nach Subventionen und der Debatte um das Solarpaket 1 der Ampel-Regierung vor, in unserem Bundesland die Produktion von nachhaltigen Zukunftstechnologien mit staatlicher Minderheits- oder gar Mehrheitsbeteiligung zu stärken und weiter aufzubauen – wir wollen künftig mehr Zukunftsprodukte in unserem Thüringen herstellen. Die aktuellen Erschütterungen in einem Teil der deutschen Solar-Industrie zeigen exemplarisch, dass die Bundesregierung bisher keine funktionierende Strategie hat, um Zukunftstechnologien langfristig hier zu halten und zu stärken. Dabei ist die Nachfrage nach Produktions- und Speichertechnologien für erneuerbare Energien hoch, ebenso die Notwendigkeit von schnellen Schritten hin zu einer sozialen und ökologischen Energiewende.

- 1.) Wir brauchen wieder bedeutsame Kapazitäten von Technologien zur Erreichung einer klimagerechten Zukunft hier in Thüringen. Produktions- und Speichertechnologien erneuerbarer Energien - von Batterien, über Photovoltaik und Wasserstoff sowie dem Aufbau weiterer nachhaltiger Wertschöpfungsbereiche - sind mit Blick auf die soziale und ökologische Energie-Wende eine zentrale Zukunftschance für den Wirtschaftsstandort Thüringen. Wir müssen die Abhängigkeit von Importen verringern und das Know-how, die Arbeitsplätze und die industrielle Wertschöpfung in der Energie-Branche hier vor Ort stärken und ausbauen.
- 2.) Die aktuelle Forderung nach Subventionen für deutsche Unternehmen können eine Antwort auf die kritische Lage der Unternehmen sein, welche auf nachhaltige Technologien und Produktionen setzen. Wir schlagen aber einen anderen Weg vor, der eine systemrelevante Zukunftsindustrie, gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung und die Energiewende stärken – und zwar unter demokratischer Kontrolle. Unser Vorschlag ist Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik mittels verschiedener Modelle (öffentliche oder stille Beteiligungen, Transformations- und Infrastrukturfonds, Nutzung öffentlicher Liegenschaften oder entsprechender Ausrichtung der Start-Up-Förderung, u.a.), die unser Thüringen künftig stärker als bisher forcieren soll, um zukunftsfähige, gute bezahlte und tarifgebundene Arbeitsplätze zu halten und aufzubauen.
- 3.) Die Gründung und Anschubfinanzierung können durch Einrichtungen wie die Thüringer Aufbaubank und die Landesentwicklungsgesellschaft unterstützt werden. Neben der Beteiligung des Landes und Fördermitteln wollen wir auch privates Kapital mobilisieren, um die Ansiedlung solcher Unternehmen zu initiieren. Auch eine Thüringer Transformationsagentur und die Technologieberatungsstelle können und

sollten eine wichtige Rolle zur Unterstützung und dem Aufbau spielen und entsprechend beteiligt werden.

- 4.) Sowohl Thüringen als auch andere Bundesländer machen bis heute gute Erfahrungen mit Unternehmensbeteiligungen in wichtigen Branchen. Sie ermöglichen strategisches Engagement und machen finanzielle Mittel für weitere Investitionen in Zukunftsbranchen frei. Daher wollen wir nicht mehr nur mit Fördermitteln im Bereich der nachhaltigen und erneuerbaren Energie tätig sein, sondern durch unternehmerisches Engagement des Landes als starker Minderheits- oder gar Mehrheitsgesellschafter aktiv die strategische Entwicklung Thüringens steuern. Das Modell von VW oder auch des Stahlherstellers Salzgitter in Niedersachsen können Vorbilder sein. Unser Ziel ist es, auch hier die Kompetenzen der Mitarbeiter:innen-Seite stark in die unternehmerischen Entscheidungen einzubinden.
- 5.) Wir wollen die Potentiale die wir mit den Akteur:innen im Bereich Forschung und Entwicklung an den Thüringer Hochschulen, den außeruniversitären sowie wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen und den Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittelständischen, bündeln um Forschungskapazitäten zu erhöhen und diese schnell in industrielle Anwendung zu überführen.
- 6.) Die Expertise der Beschäftigten muss in diesen Prozess mit einbezogen werden, wenn es um die Erarbeitung und Umsetzung entsprechender Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in den Unternehmen oder Forschungsk Kooperationen geht. Die Debatte um den Standort von BOSCH am Erfurter Kreuz hat gezeigt, welche Potentiale es gäbe, wenn auch Konzernleitungen bereit wären diesen Weg mit den Beschäftigten zu gehen.
- 7.) Um den weiteren Aufbau entsprechender Zukunftstechnologien in Thüringen auch vor Ort zur Wirkung zu bringen und die Nachfrage zu steigern, wollen wir erfolgreiche und neue Förderprogramme bspw. zur Nutzung von Photovoltaik-Anlagen zur schnellen Dekarbonisierung und Sanierung öffentlicher wie privater Einrichtungen weiterentwickeln.
- 8.) Mit dem Programm „Zukunft made in Thüringen“ machen wir uns auf einen sozialen und klimagerechten Weg, den wir in enger Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Beschäftigten, Kommunen und Verbänden gehen wollen. Eine aktive Industriepolitik und Beteiligungen des Landes sind Teil davon, um den notwendigen Strukturwandel zu unterstützen und so zu gestalten, dass niemand zurückbleibt und Thüringen das Potential der Zukunftstechnologien voll ausschöpfen kann. Statt kalter Marktbereinigung müssen Beschäftigte und die sozial-ökologischen Transformationsziele im Mittelpunkt stehen.
- 9.) Gleichzeitig sichert eine Beteiligung über eine Industriebeteiligungsstrategie des Landes an Zukunftstechnologien neben dem Zugang zu denselben auch langfristig eine Beteiligung der Menschen vor Ort an der Wertschöpfung und den Gewinnen für den Ausbau der sozialen Infrastruktur. Nicht ferne Konzerne, sondern Thüringen profitiert von Einnahmen, die im Rahmen einer Investitionskette neue Unterstützungen ermöglichen.